

Stand: 22.10.2024 21:13:52

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/281

""Ausbildungsoffensive Pflege" auch in Bayern zügig umsetzen!"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/281 vom 06.02.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/1260 des GP vom 20.03.2019
3. Beschluss des Plenums 18/1438 vom 02.04.2019
4. Plenarprotokoll Nr. 14 vom 02.04.2019



## Antrag

der Abgeordneten **Ruth Waldmann, Michael Busch, Horst Arnold, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Martina Fehlner, Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Ruth Müller SPD**

### **„Ausbildungsoffensive Pflege“ auch in Bayern zügig umsetzen!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Gesundheit und Pflege zeitnah über ihre Vorhaben im Rahmen der „Ausbildungsoffensive Pflege“ zu berichten.

Die Staatsregierung soll dabei insbesondere auf folgende Fragen eingehen:

1. Verfügt Bayern nach Auffassung der Staatsregierung über ausreichend Ausbildungsplätze für die Pflegeberufe, um den steigenden künftigen Bedarf zu decken? Welche Maßnahmen plant die Staatsregierung zur Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl an Ausbildungsplätzen?
2. Welche Auffassung vertritt die Staatsregierung im Hinblick auf ihre Pflicht, die Investitions- und Mietkosten der Pflegeschulen zu tragen, die nicht aus dem Ausgleichsfonds refinanzierbar sind? Wird die Staatsregierung diese Kosten übernehmen?
3. Welche Maßnahmen wird die Staatsregierung im Hinblick auf eine wirkungsvolle Zusammenarbeit der Träger der praktischen Ausbildung und der Pflegeschulen ergreifen? Welche Regelungen plant die Staatsregierung gemäß § 8 Abs. 1 Satz 2 der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für die Pflegeberufe (PflAPrV)? Welche Maßnahmen plant die Staatsregierung im Hinblick auf die Förderung der Zusammenarbeit der verschiedenen Lernorte auf regionaler Ebene?
4. Wie wird die Staatsregierung darauf hinwirken, dass die Pflegeschulen ausreichend qualifiziertes Lehrpersonal zur Umsetzung des Pflegeberufereformgesetzes vorhalten? Welche Position vertritt die Staatsregierung im Hinblick auf Standards für die Qualifikation von Lehrkräften an Pflegeschulen?
5. Wie sollen nach Auffassung der Staatsregierung die vor dem 01.01.2020 nach den bisherigen Vorschriften des Krankenpflegegesetzes und des Altenpflegegesetzes begonnenen Pflegeausbildungen in die neuen Ausbildungsnormen nach § 66 Pflegeberufereformgesetz übergeleitet werden?
6. Welche Maßnahmen wird die Staatsregierung zur Bereitstellung einer bedarfsgerechten Anzahl von Studienplätzen für die hochschulische Pflegeausbildung ergreifen? Wie wird die Staatsregierung auf eine ausreichende Anzahl von Studienplätzen in der Pflegepädagogik hinwirken?
7. Wie wird die Staatsregierung die Träger der praktischen Ausbildung und ihre Verbände dabei unterstützen, die Pflegeberufe in den allgemeinbildenden Schulen vorzustellen und bekannt zu machen?

8. Welche Maßnahmen wird die Staatsregierung ergreifen, um den Schülerinnen und Schülern der Pflegeschulen den Zugang zu den schulpсихologischen Diensten der Kommunen zu eröffnen? Wie bewertet die Staatsregierung die Einrichtung einer Ombudsstelle zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Auszubildenden und Trägern der praktischen Ausbildung?
9. Wie bewertet die Staatsregierung die Berücksichtigung von Ausbildungsleistungen, die im Laufe einer nicht erfolgreich abgeschlossenen Fachkraftausbildung erbracht wurden, im Rahmen der landesrechtlichen Pflegehelfer- und Pflegeassistentenausbildung? Wie kann nach Auffassung der Staatsregierung die Pflegehelfer- und Fachkraftausbildung so gestaltet werden, dass bei erfolgreichem Abschluss der Helfer- Ausbildung der nahtlose Übergang in die Pflegefachkraftausbildung möglich ist? Wie kann nach Auffassung der Staatsregierung durch eine Modularisierung der Helfer-, Assistenz- und Fachkraftausbildung in der Pflege die Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Bildungsgängen auch über Ländergrenzen hinweg erhöht und die Weiterqualifizierung erleichtert werden?
10. Welche Maßnahmen plant die Staatsregierung, um berufserfahrenen Pflegefachpersonen einen fachgebundenen Hochschulzugang zu ermöglichen?

**Begründung:**

Am 28.01.2019 haben die zuständigen Bundesministerinnen die Vereinbarung für eine Ausbildungsoffensive in der Pflege der Öffentlichkeit vorgestellt. Diese Vereinbarung ist das Ergebnis der Arbeitsgruppe 1 der „Konzertierten Aktion Pflege“. Dieser im Koalitionsvertrag auf Bundesebene vereinbarte Diskussionsprozess zwischen Bundes- und Länderregierungen, Arbeitgebern und Gewerkschaften, Wohlfahrts- und Betroffenenverbänden, Kirchen und Krankenkassen umfasst u. a. eine Ausbildungsoffensive, Anreize für eine bessere Rückkehr von Teil- in Vollzeit, ein Wiedereinstiegsprogramm, eine bessere Gesundheitsvorsorge für die Beschäftigten sowie eine Weiterqualifizierung von Pflegehelferinnen und Pflegehelfern zu Pflegefachkräften. In der nun vorliegenden Vereinbarung für eine Ausbildungsoffensive in der Pflege verpflichten sich die Partnerinnen und Partner der Konzertierten Aktion zu konkreten Maßnahmen zur Umsetzung des Pflegeberufereformgesetzes sowie der PflAPrV und der Pflegeberufe-Ausbildungsfinanzierungsverordnung (PflAFinV). Außerdem sollen mehr Menschen für eine Ausbildung in der Pflege geworben und die Ausbildungsqualität gestärkt werden. Mit dem vorliegenden Antrag wird die Staatsregierung aufgefordert, über ihre Pläne zur Umsetzung der Ausbildungsoffensive Pflege zu berichten.

Die Sicherung der personellen Grundlage für eine gute professionelle Pflege ist eine der wesentlichen gesellschaftspolitischen Aufgaben der nächsten Jahre. Gut ausgebildete Pflegefachpersonen sind für die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Pflege eine der wichtigsten Voraussetzungen. Bereits heute ist nach den Zahlen der Bundesagentur für Arbeit für den gesamten Pflegebereich von einem bundesweiten Fachkräftemangel auszugehen: Auf 100 offene Stellen kommen in der Altenpflege 26 und in der Krankenpflege und Kinderkrankenpflege 60 als arbeitsuchend gemeldete Pflegefachpersonen. Durch die demografische und soziale Entwicklung wird sich insbesondere in der Altenpflege der Personalbedarf weiter erhöhen. Der wachsende Bedarf an Fachpersonen in der Pflege kann nur gedeckt werden, wenn zahlreiche Menschen aller Altersgruppen für eine Ausbildung nach dem Pflegeberufegesetz gewonnen und in der Ausbildung gehalten werden können. Mit dem Pflegeberufereformgesetz ist ein wichtiger Schritt getan, die Pflege als Beruf attraktiv und zukunftssicher aufzustellen. Die durch das Pflegeberufegesetz eingeführten neuen Pflegeausbildungen bieten Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen die Chance auf umfassend ausgebildete Fachpersonen. Wettbewerbsnachteile für ausbildende Einrichtungen gegenüber nicht ausbildenden Einrichtungen werden durch ein bundeseinheitliches, jeweils auf Länderebene organisiertes und bereichsübergreifendes Umlageverfahren beseitigt. Insbesondere Pflegeschulen, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen profitieren von den vorgesehenen qualitativen Verbesserungen der Ausbildung sowie einer umfassenden Refinanzierung der Ausbildungskosten ohne Begrenzung der Ausbildungsplätze. Ausbildung in

der Pflege findet auf der Grundlage von Kooperationsverträgen an verschiedenen Lernorten statt: in Krankenhäusern, in stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen und an Pflegeschulen sowie in weiteren zur Vermittlung von Ausbildungsinhalten geeigneten Einrichtungen. Deren organisatorische, inhaltliche und pädagogische Zusammenarbeit ist entscheidend für das Gelingen und die Qualität der Ausbildung. Die Umstellung auf die neuen Pflegeausbildungen und die Weiterentwicklungen des Arbeitsfelds Pflege stellen die Pflegeschulen vor besondere Aufgaben. Mit dem Pflegeberufegesetz wird die Finanzierung der Pflegeschulen auf eine neue Grundlage gestellt. Daran anknüpfend sind weitere Anstrengungen erforderlich, um auch aufseiten der Pflegeschulen den Übergang zu den neuen Ausbildungen zu sichern. Mit der Einführung eines primärqualifizierenden Pflegestudiums werden neue Zielgruppen für eine Ausbildung in der Pflege angesprochen. Hochschulisch ausgebildete Pflegefachpersonen stärken die Qualität in der Pflege durch erweiterte, in der wissenschaftlichen Ausbildung vermittelte Kompetenzen. Die Möglichkeit einer Bildungskarriere innerhalb des gewählten Berufsfelds macht den Einstieg in die Pflege attraktiv und fördert die berufliche Verweildauer.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

des Ausschusses für Gesundheit und Pflege

**Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Horst Arnold u.a.  
SPD  
Drs. 18/281**

**"Ausbildungsoffensive Pflege" auch in Bayern zügig umsetzen!**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Im Einleitungssatz werden die Wörter „im Ausschuss“ durch die Wörter „dem Ausschuss“ ersetzt.
2. Es wird folgende Ziffer 11 angefügt:  
„11. Wie wird die Staatsregierung die Darstellung des Berufsbildes der professionellen Pflege in Zukunft nach außen tragen und dafür Werbung machen?“

Berichterstatlerin: **Ruth Waldmann**  
Mitberichterstatlerin: **Barbara Becker**

### **II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen, der Ausschuss für Bildung und Kultus und der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 4. Sitzung am 12. Februar 2019 beraten und einstimmig mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 9. Sitzung am 14. März 2019 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.
4. Der Ausschuss für Bildung und Kultus hat den Antrag in seiner 5. Sitzung am 14. März 2019 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.
5. Der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst hat den Antrag in seiner 8. Sitzung am 20. März 2019 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

**Bernhard Seidenath**  
Vorsitzender



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Horst Arnold, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Martina Fehlner, Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Ruth Müller SPD**

Drs. 18/281, 18/1260

#### **„Ausbildungsoffensive Pflege“ auch in Bayern zügig umsetzen!**

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege zeitnah über ihre Vorhaben im Rahmen der „Ausbildungsoffensive Pflege“ zu berichten.

Die Staatsregierung soll dabei insbesondere auf folgende Fragen eingehen:

1. Verfügt Bayern nach Auffassung der Staatsregierung über ausreichend Ausbildungsplätze für die Pflegeberufe, um den steigenden künftigen Bedarf zu decken? Welche Maßnahmen plant die Staatsregierung zur Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl an Ausbildungsplätzen?
2. Welche Auffassung vertritt die Staatsregierung im Hinblick auf ihre Pflicht, die Investitions- und Mietkosten der Pflegeschulen zu tragen, die nicht aus dem Ausgleichsfonds refinanzierbar sind? Wird die Staatsregierung diese Kosten übernehmen?
3. Welche Maßnahmen wird die Staatsregierung im Hinblick auf eine wirkungsvolle Zusammenarbeit der Träger der praktischen Ausbildung und der Pflegeschulen ergreifen? Welche Regelungen plant die Staatsregierung gemäß § 8 Abs. 1 Satz 2 der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für die Pflegeberufe (PflAPrV)? Welche Maßnahmen plant die Staatsregierung im Hinblick auf die Förderung der Zusammenarbeit der verschiedenen Lernorte auf regionaler Ebene?
4. Wie wird die Staatsregierung darauf hinwirken, dass die Pflegeschulen ausreichend qualifiziertes Lehrpersonal zur Umsetzung des Pflegeberufereformgesetzes vorhalten? Welche Position vertritt die Staatsregierung im Hinblick auf Standards für die Qualifikation von Lehrkräften an Pflegeschulen?
5. Wie sollen nach Auffassung der Staatsregierung die vor dem 01.01.2020 nach den bisherigen Vorschriften des Krankenpflegegesetzes und des Altenpflegegesetzes begonnenen Pflegeausbildungen in die neuen Ausbildungsnormen nach § 66 Pflegeberufereformgesetz übergeleitet werden?
6. Welche Maßnahmen wird die Staatsregierung zur Bereitstellung einer bedarfsgerechten Anzahl von Studienplätzen für die hochschulische Pflegeausbildung ergreifen? Wie wird die Staatsregierung auf eine ausreichende Anzahl von Studienplätzen in der Pflegepädagogik hinwirken?

7. Wie wird die Staatsregierung die Träger der praktischen Ausbildung und ihre Verbände dabei unterstützen, die Pflegeberufe in den allgemeinbildenden Schulen vorzustellen und bekannt zu machen?
8. Welche Maßnahmen wird die Staatsregierung ergreifen, um den Schülerinnen und Schülern der Pflegeschulen den Zugang zu den schulpsychologischen Diensten der Kommunen zu eröffnen? Wie bewertet die Staatsregierung die Einrichtung einer Ombudsstelle zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Auszubildenden und Trägern der praktischen Ausbildung?
9. Wie bewertet die Staatsregierung die Berücksichtigung von Ausbildungsleistungen, die im Laufe einer nicht erfolgreich abgeschlossenen Fachkraftausbildung erbracht wurden, im Rahmen der landesrechtlichen Pflegehelfer- und Pflegeassistentenausbildung? Wie kann nach Auffassung der Staatsregierung die Pflegehelfer- und Fachkraftausbildung so gestaltet werden, dass bei erfolgreichem Abschluss der Helfer- Ausbildung der nahtlose Übergang in die Pflegefachkraftausbildung möglich ist? Wie kann nach Auffassung der Staatsregierung durch eine Modularisierung der Helfer-, Assistenz- und Fachkraftausbildung in der Pflege die Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Bildungsgängen auch über Ländergrenzen hinweg erhöht und die Weiterqualifizierung erleichtert werden?
10. Welche Maßnahmen plant die Staatsregierung, um berufserfahrenen Pflegefachpersonen einen fachgebundenen Hochschulzugang zu ermöglichen?
11. Wie wird die Staatsregierung die Darstellung des Berufsbilds der professionellen Pflege in Zukunft nach außen tragen und dafür Werbung machen?

Die Präsidentin

I.V.

**Karl Freller**

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold



**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

### **Abstimmung**

**über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 3)**

Von der Abstimmung ausgenommen ist die Nummer 8 der Liste. Dies ist der Antrag der Abgeordneten Rauscher, Fehlner, Halbleib und anderer (SPD) betreffend "Für ein buntes Bayern jetzt – 1 – Endlich Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt vorlegen!" auf Drucksache 18/237, der auf Antrag der SPD-Fraktion einzeln beraten werden soll. Der Aufruf erfolgt am Ende der Tagesordnung.

Wir kommen damit zur Abstimmung über die Liste. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 3)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER, der CSU, der FDP und der AfD. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ich sehe keine. Der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos) ist nicht anwesend. Die Frage, ob er sich einem Fraktionsvotum und welchem Fraktionsvotum er sich anschließen will, erübrigt sich damit. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

### Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 7)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
 Doppelte Anrechnung des Familiengelds auf Sozialleistungen vermeiden  
 Drs. 18/110, 18/501 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
 Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
 Bericht zur sog. Prepperszene in Bayern  
 Drs. 18/113, 18/1044 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
 Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Böhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Seitenabstandsaufkleber 1,50 Meter zu Radfahrenden auf Heckscheiben der Polizei-Fahrzeuge  
Drs. 18/153, 18/1046 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Energiewende in Bayern II: Mehr Einsatz für Windenergie  
Drs. 18/155, 18/678 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Annette Karl SPD  
Kompetenznetzwerk Künstliche Maschinelle Intelligenz – Stärkung von KI-Kompetenzen an bayerischen Hochschulen  
Drs. 18/203, 18/931 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)  
Sichere Energieversorgung für den Wirtschafts- und Industriestandort Bayern durch sinnvollen Energiemix und Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke  
Drs. 18/233, 18/1296 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Familienfreundliches Teilzeit-Referendariat für Junglehrkräfte aller Schularten ermöglichen  
Drs. 18/234, 18/681 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib u.a. SPD  
Für ein buntes Bayern jetzt – 1  
Endlich Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt vorlegen!  
Drs. 18/237, 18/749 (A)

**der Antrag wird gesondert beraten**

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Keine Zugabe von Mikroplastik dulden  
Drs. 18/274, 18/1094 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Klaus Adelt u. a. SPD  
Pflegerische Angehörige besser unterstützen I – Datenbank mit Angeboten etablieren  
Drs. 18/277, 18/1257 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Klaus Adelt u. a. SPD  
Pflegerische Angehörige besser unterstützen II – Netzwerkarbeit und Care Management verbessern sowie Koordinierungsstelle Pflegeberatung schaffen  
Drs. 18/278, 18/1258 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>









21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Keine Trennung der Kinder von ihren Familien und keine Schwangeren in Abschiebehaft  
Drs. 18/384, 18/580 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Eric Beißwenger, Volker Bauer, Barbara Becker u. a. CSU  
Prävention vor und Management von invasiven Tier- und Pflanzenarten  
Drs. 18/395, 18/1093 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Christian Flisek, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann u. a. SPD  
Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zur Verfassungswidrigkeit von Wahlrechtsausschlüssen in Landesrecht umsetzen!  
Drs. 18/420, 18/1291 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

**Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen**

24. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Petra Guttenberger, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Alexander Hold u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Wahlrecht reformieren – Beseitigung der Ungleichbehandlung von Menschen mit Behinderung bei Wahlen  
Drs. 18/443, 18/1292 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Prekäre Situation für Forstabsolventen  
Drs. 18/307, 18/1273 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

**der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären**

26. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Volkmar Halbleib SPD  
Bekanntnis zum Grundstückserwerb für die Uniklinik Würzburg  
Drs. 18/223, 18/932 (ENTH)

**Gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:  
Votum des mitberatenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>